

Detlef Bald

Fortschritte für die Innere Führung

Bedingungen für die Beziehungen von Militär und Demokratie



Dr. Detlef Bald, geb. 1941 in Plettenberg/Westf., Studium der Politikwissenschaft und Geschichte in Freiburg/Br., war wiss. Mitarbeiter des Arnold-Bergstraesser-Instituts in Freiburg, wiss. Assistent am Seminar für Politische Bildung der Universität Frankfurt/M., arbeitete u.a. mit an der Bundeswehr-Reform von Minister Helmut Schmidt, war bis 1996 zuständig für Militär und Gesellschaft am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr und ist seitdem als freier Publizist in München sowie am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg tätig.

Deutschland ist eine Demokratie, die Bundeswehr eine normale Armee in diesem Staat, seit fünfzig Jahren - was soll da das Gerede über die Notwendigkeit der „Inneren Führung“ für die zukünftige Bundeswehr? So schallt es aus dem Nebel der Diskussionen über den Bierischen oder in Leserbriefen von Tageszeitungen, aber diese Auffassung taucht auch in mancherlei Kreisen der Bundeswehr selbst auf. Was es damit auf sich hat, soll anhand dreier komplexer Sachverhalte erörtert werden, die bei dem laufenden „Umbau“ und der anstehenden Reform der Bundeswehr jeweils Bedeutung haben. Dabei geht es zunächst - nach dem Ende des Kalten Krieges und des internationalen Umbruchs - um die Konsequenzen für die angemessene Definition des Militärs als Instrument der Politik; dann wird gefragt, wie sich der gesellschaftliche und technologische Wandel der vergangenen Jahrzehnte, der den Charakter des Militärs als nationaler Massenarmee offenkundig verändert, auf die professionelle Konstitution der Bundeswehr auswirkt; und schließlich wird die Rolle der „Inneren Führung“ in der militärischen Geschichte Deutschlands erörtert, um abschließend ihre Funktion für die zukünftige Reform der Bundeswehr festzustellen.

Der sicherheitspolitische Wandel

„Deutschland ist offenkundig dabei, nach Beendigung des Kalten Krieges zu einem ‚normalen‘ Akteur in Europa zu werden“, so lautete das Fazit einer Untersuchung der RAND-Corporation Mitte der 1990er-Jahre über das Meinungsbild der deutschen Eliten zur Außen- und Sicherheitspolitik. Die Generalität hatte ihre Position signifikant geändert; nun unter-

stützte sie militärische Einsätze außerhalb des Verteidigungsgebietes im höchsten Maße: Einsätze als Blauhelme zu 98 Prozent, zu humanitären Zwecken in Krisenregionen zu 99 Prozent und Zwangsmaßnahmen zur Verhinderung eines Genozids zu 94 Prozent. Deutschland habe damit die Jahrzehnte alte außenpolitische „Kultur der Zurückhaltung“ der Bonner Republik abgelegt und die „überholte Beschränkung“ für die Bundeswehr aufgegeben.¹

Auf dem Wege in die Berliner Republik hatten sich die Ansichten und Auffassungen zum Auftrag der Bundeswehr innerhalb weniger Jahre gewandelt. Admiral Dieter Wellershoff, der Generalinspekteur der Bundeswehr zurzeit der Einigung, hatte, zusammen mit General Klaus Naumann, den Anfang gemacht, Sicherheit in einer „erweiterten Dimension“ zu definieren, in der die „Konfliktpotentiale auf dem Balkan“ aus Gründen der europäischen Stabilität ebenso wie die globalen Verknüpfungen eine Rolle spielten. Diese Verhältnisse ließen es nicht mehr zu, „den Blick auf Europa zu verengen“.² Der Wandel wurde in den Gremien der NATO stillschweigend vollzogen. Daneben stimmte der Planungsstab unter Leitung von Ulrich Weisser diese Initiativen mit der amerikanischen Bündnispolitik ab, wo den Deutschen der verlockende Rang einer „partnership in leadership“ mit der globalen Hegemonialmacht angeboten wurde - in mittelfristiger Perspektive immerhin eine „potentielle Hegemonie in Europa“.³ Auch das Kanzleramt erkannte das „window of opportunity“, um politische Gestaltungsräume für die nach 1990 erstmals souveräne Republik abzustecken. Helmut Kohl reagierte mit dem Wort von der „größeren Verantwortung in der Völkergemeinschaft“, als er nach dem Saum des Mantels der geschichtlichen Macht griff und ganz gemäß dem seit Kanzler Konrad Adenauer angelegten „außenpolitischen Grundgesetz“ der deutschen Westintegration den USA versicherte, die Transformation der Rolle des vereinten Deutschland werde im traditionellen Einvernehmen mit den Ideen der transatlantischen Sicherheitsarchitektur erfolgen.

Die Identität der Interessen konnte kaum größer sein, wie der Beschluss des Bundeskabinetts über die vom Verteidigungsministerium vorgelegten „Grundlagen“ für die Neugestaltung der Bundeswehr vom Januar 1992 dokumentierte.⁴ Für die Bundeswehr begann eine umfassende neue formative Phase. Den internationalen „Herausforderungen“ sollte nach Abwägen der außenpolitischen „vitalen Interessen“ mit militärischen Potenzialen begegnet werden. Ein weites Spektrum kennzeichnete die Veränderungen des Auftrags, das die machtpolitische „Absicherung“ des deutschen Territoriums mit der Forderung nach einer international breit angelegten „politischen, wirtschaftlichen, militärischen und ökologischen Stabilität“ verband. So vage diese Festlegungen auch erscheinen mögen, sie charakterisieren die gewandelte internationale Einschätzung, wie sie ebenso bereits in der „Neuen Strategischen Doktrin“ des NATO-Bündnisses aus dem Jahr 1991 auftauchte und natürlich 1999 noch einmal ausgiebig bekräftigt wurde. In einer Art Faustregel wurden die verteidigungspolitischen Richtlinien prägnant festgehalten: „Was früher Bedrohung war, heißt

-
- 1 Ronald Asmus, Das Meinungsbild der Elite in Deutschland zur Außen- und Sicherheitspolitik. Dokumentation, Infratest Burke Berlin, März 1996, S. VIII.
 - 2 Dieter Wellershoff, Vier Stufen zu einer friedlichen Welt, in: Dieter Wellershoff (Hrsg.), Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Wandel, Bonn 1991, S. 134 f.
 - 3 Andrei S. Markovits/Simon Reich, Deutschlands neues Gesicht: Über deutsche Hegemonie in Europa, in: Leviathan, Jg. 20, 1992, S. 31.
 - 4 Gerhard Stoltenberg, Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr, Bonn 22.1.1992.

heute Instabilität.“⁵ Die Breite der Optionen, deutsche Truppen außer Landes entsenden zu können, wurde schon innerhalb etwa eines Jahres nach der Einigung programmatisch skizziert und führte zu dem Beschluss, die entsprechende „Restrukturierung“ der Bundeswehr bis Ende der neunziger Jahre abzuschließen und in einem weiteren Schritt die „neuen Planungen“ für die „Streitkräfte 2010“ zu entwickeln. Vielleicht waren diese Festlegungen des Kabinetts vom 19. Februar 1992 doch etwas vollmundig, aber sie zeigen, dass die Bundeswehr qualitativ und strukturell grundlegend und nicht nur organisatorisch umzubauen war. Da der Rahmen des Auftrags massiv neu bestimmt wurde, mussten Funktionen und Fähigkeiten des Militärs umgestaltet werden.

Ein neuer Typ des Militärs

Neben diesem politisch-historischen Wandel der internationalen Szene zu Beginn der neunziger Jahre trat außerdem - auf einer völlig anderen Ebene - ein Phänomen auf, dessen Konturen sich seit mehreren Jahrzehnten abzeichneten und dem sich die Bundeswehr, ob sie will oder nicht, zu stellen hat. Dies ist der Wandel des Militärs selbst. Hatte die Bundeswehr um 1950 ihre Wurzeln noch völlig gemäß dem Konzept einer Massenarmee des klassischen Industriezeitalters verankern können, ist ihre Existenz gegenwärtig mit ganz anderen technischen und gesellschaftlichen Bedingungen konfrontiert.

Dieser Wandel ist radikal und gravierend. Denn er umfasst einen größeren historischen Kontext. Er bezieht sich auf die Anfänge der maschinellen Produktion der Rüstung und der entsprechenden Gesellschaftsverhältnisse. Der (damalige) Typ des modernen Militärs trat mit dem Stichjahr 1792 erstmals ins Licht der Geschichte. Johann Wolfgang von Goethe ist Zeitzeuge, als die revolutionären Armeen Frankreichs über die nach der damals alten Manier gedrillten „Stehenden Heere“ Preußens und Österreichs im Feld bei Valmy siegten. Goethe erkannte die Zeichen der neuen Epoche und war froh dabei gewesen zu sein, als das Rad der Geschichte sich drehte und damit das Signal für die Revolutionierung des Militärs der Neuzeit gegeben war.

Es begann das Zeitalter der Massenarmeen der Nationalstaaten – im Einklang mit den besonderen Umständen des bürgerlich-gesellschaftlichen Umbruchs und der Entfaltung der Industrialisierung. Die Massenproduktion der Waffen garantierte die Ausrüstung der durch massenhafte Rekrutierung immer weiter vergrößerten Armeen. Bereits Moltke hatte 1890 im Reichstag vor den Konsequenzen gewarnt und auf die Bedrohung durch einen massenbestimmten Volkskrieg, auf die Unkalkulierbarkeit der Kriegsführung und auf die Ideologisierung der Beziehungen der Völker hingewiesen, bis Erich Ludendorff diese Tendenzen realistisch im Begriff vom „totalen Krieg“ zusammenfasste; aber er ist auch dafür verantwortlich, dass dieser Typ von Armee aufs äußerste radikalisiert, auch ideologisiert wurde, indem er die Belange des Militärischen über alles andere stellte: „Jede gesunde Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln im Frieden.“ Die Fortschritte des Industriezeitalters veränderten desweiteren den Charakter des Militärs. Die permanente Forderung nach der Steigerung der militärischen Mittel, der Mobilität und Destruktivität banden Wissenschaft, Technik und Wirtschaft in ein dynamisches System der Optimierung der militärischen

5 Volker Rühle, Betr.: Bundeswehr – Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Wandel, Berlin 1993; vgl. zum allgemeinen Überblick Johannes Varwick/Wichard Woyke, Die Zukunft der NATO. Transatlantische Sicherheit im Wandel, Opladen 2000.

Effektivität. Die Grenzen wurden im Zweiten Weltkrieg extrem gedehnt, als „Stalingrad“, „Dresden“ oder „Hiroshima“ zu Metaphern der enorm gesteigerten Vernichtung wurden.⁶ Der Krieg als „Menschenschlachthaus“, vor einem Jahrhundert geahnt, war Wirklichkeit geworden.⁷

Nach 1945 griff man bei der deutschen „Wiederbewaffnung“ grundsätzlich auf diesen historisch entwickelten Typ der professionalisierten Massenarmee zurück - die folgende Epoche stand ganz im Zeichen der Doktrin der totalen Sicherheit durch nukleare Vernichtung, der Drohung mit der unbegrenzten „massiven Vergeltung“, der landesweiten und flächendeckenden Kampfhandlungen entlang ausgedehnter Fronten gegen den weltanschaulich-ideologisch geächteten Feind und vieles andere mehr. Doch früh kamen die Zweifel an der Glaubwürdigkeit auf. Den Übergang signalisierte die Doktrin der „flexiblen Reaktion“, die den Spagat zwischen Androhung der Vernichtung und Überlebensfähigkeit der Staaten zu halten suchte. Viele Zeichen deuteten den grundlegenden Wandel an, bis - schon in den 1970er-Jahren - gewiss schien, dass nur neue Konzepte wie „gemeinsame Sicherheit“ oder „regionale Sicherheitsgemeinschaften“ kollektive Sicherheit gewähren könnten, da industrialisierte Staaten nicht mehr zu verteidigen waren; sie galten als zu komplex und daher zu verwundbar: „kriegsführungsunfähig“.⁸ Die Konsequenzen suchten die USA in einer rüstungstechnologischen Symbiose von Computerorientierung und Waffeneffizienz. Nach der erfolgreichen Mondlandung gab es die Mittel (hinsichtlich der drei „C’s“: Command, Control und Communication, auf der Basis der revolutionären Computerisierung), die alten Doktrinen und die gewohnten Strukturen der militärischen Einsätze über den Haufen zu werfen. Richard Nixon leitete den innovativen systematischen Entwicklungsschub der Rüstungspolitik ein, der signifikant die Konturen des neuen Typs des Militärs hervorbrachte. Im Golfkrieg 1991 wurden sie - wiederum erstmals - deutlich erkennbar.

Der technologische Struktureinbruch bewirkt und erfordert eine fundamentale Umorientierung der militärischen Professionalisierung. Sie revolutioniert das militärtechnologische Expertentum für das automatisierte Gefechtsfeld mit einem Spektrum an Waffen, für welche eine andere Art der Kompetenz, der erweiterten Berufsauffassung und der Waffenbeherrschung, die Rekruten nicht leisten können, einzuüben ist.⁹ Damit war nach zwei Jahrhunderten phänomenologisch das Ende der Massenarmee mit der für sie typischen Effizienz der Waffensysteme angesagt. Selbstverständlich handelt es sich um einen Prozess, in dem gleichzeitig Elemente beider militärischer Zeitalter bestehen. Ein Nebeneffekt ist allerdings zunächst: der Umbau der klassischen Wehrpflicht. Denn „Krieg“ wird anders als früher definiert: Hier lässt sich die schärfste Abkehr von der überlieferten Militärtradition erkennen. Entsprechend lautet ein Schlüsselsatz aus der ersten großen Analyse zum epochalen Wandel des Militärs: „Der Endzweck der Militärdoktrin der Zukunft heißt weder ‚Vernichtung‘ noch

6 Vgl. Ekkehart Krippendorff, *Staat und Krieg*, Frankfurt/M. 1985; Wolfram Wette/Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), *Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert*, Darmstadt 2001; Detlef Bald, *Hiroshima 6. August 1945. Die atomare Bedrohung*, München 1999.

7 Wilhelm Lamszus, *Das Menschenschlachthaus. Bilder vom kommenden Krieg*, Hamburg 1911; Johann vom Bloch, *Der Krieg. Der zukünftige Krieg in seiner technischen, volkswirtschaftlichen und politischen Bedeutung*, 6 Bde., Berlin 1899; vgl. die klassische Studie von Jehuda Wallach, *Das Dogma der Vernichtungsschlacht. Die Lehren von Clausewitz und Schlieffen und ihre Wirkungen in zwei Weltkriegen*, München 1970.

8 Eine der ersten Studien lieferte Carl F. von Weizsäcker (Hrsg.), *Kriegsfolgen und Kriegsverhütung*, 2 Bde., München 1971; *Die UNO-Studie: Kernwaffen*, München 1982; zur politischen Seite Dieter Senghaas, *Abschreckung und Frieden*, Frankfurt/M. 1969, Horst Afheldt, *Verteidigung und Frieden. Politik mit militärischen Mitteln*, München 1979.

9 Vgl. Jürgen Groß/Dieter S. Lutz (Hrsg.), *Wehrpflicht ausgedient*, Baden-Baden 1998; Eckardt Opitz/Frank S. Rödiger (Hrsg.), *Allgemeine Wehrpflicht. Geschichte, Probleme, Perspektiven*, Bremen 2. Aufl. 1995.

„Abnützung“; er heißt allenfalls „Bestrafung“, „Zersetzung der feindlichen Kampfmoral“, „Neutralisierung“ und „Entwaffnung“, letztlich aber gilt: „Die Mission des Soldaten des 21. Jahrhunderts heißt: Schützen, Helfen, Retten!“¹⁰

Diese Maximen hatte Admiral Dieter Wellershoff in der Bundeswehr bereits zu Beginn der 1990er-Jahre vertreten und versucht, mit dieser Sprachregelung die alten Vorstellungen von Militär und Krieg selbst zu verändern. Das war höchst schwierig. Denn in der deutschen Militärelite herrschte nach dem Kalten Krieg die Meinung vor, es gehe eigentlich nur um die Abwicklung der „Nationalen Volksarmee“ (NVA) sowie um die Reduktion und Optimierung der „alten“ Bundeswehr. Daher sperrte sich eine Mehrheit der Führung, gerade im Heer, gegen den angestrebten Strukturwandel. Die Militärpolitik konnte die Reform der Bundeswehr nicht durchsetzen; sie blieb halbherzig, nur widerstrebend und weitgehend ambivalent betrieben, kaum angenommen.¹¹ Tatsächlich gab es heftige, verschleierte Kontroversen, die von außen als Konzeptlosigkeit erschienen. Das übliche Wort „Umbau“ signalisiert, wie gering die Reichweite der Politik war.

Mit ihrer überholten Struktur ist die Bundeswehr zu Beginn des neuen Jahrhunderts selbstverständlich nur bedingt einsatzbereit. Trotz eines Umfangs von 300 000 Soldaten ist sie überfordert, Einsätze für wenige zehntausend Mann zu organisieren. Ein Jahrzehnt ging verloren, sich auf die Parameter der internationalen Auseinandersetzungen und die Realitäten militärischer Machtprojektionen, wie die Amerikaner sagen, umzustellen und die Gedankenwelt von nationalen Frontenkriegen aufzugeben. Denn diese sind hinfällig geworden, weil in Teilen der Welt das Gewaltmonopol des Staates untergraben und die Bedrohung durch den Terrorismus in die Metropolen getragen wird, die Verbreitung des low intensity conflict unaufhaltsam weiter geht und die Unterteilung von Regierung, Armee und Volk verloren geht. Das allgemeine Urteil: für den „alten Kriegstyp“ wird „in Kürze der Vorhang fallen“, kann die Bundeswehr nicht mehr negieren, wenn sie nicht weiter Schaden nehmen will.¹²

Die Rahmenbedingungen der „Inneren Führung“

Das Militär unterlag in Deutschland nach 1945 den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen, welche die Bonner Republik sich mit dem Grundgesetz geschaffen hatte. Diese Einbindung nach einem halben Jahrhundert ausdrücklich zu erwähnen, klingt schon beinahe merkwürdig, wäre nicht diese Tatsache mit dem Hinweis auf die leidige deutsche Militärgeschichte zu verbinden - wenn es nicht den Militarismus gegeben hätte. Im zeitlichen Horizont der Nachkriegszeit war es zunächst keineswegs ausgemacht, wie sich das Militär in das demokratische Regierungssystem, in den Rechtsstaat fügen und zu den Werten der pluralistischen Gesellschaft stellen würde. Zu sehr dominierte die Erinnerung an die antirepublikanische Abkapselung in der Weimarer Republik, die jene politische Eigenständigkeit der Reichswehr als „Staat im Staate“ begründet hatte, und an das Unrechthandeln wie beim vermeintlichen Röhm-Putsch oder an die Verquickungen mit dem NS-System das Bild der militaristischen Reichswehr und Wehrmacht.¹³ Immerhin war die gesamte Geschichte des

*

10 Gustav Däniker, Wende Golfkrieg. Vom Wesen und Gebrauch künftiger Streitkräfte, Frankfurt/M. 1992, S. 170.

11 Vgl. Detlef Bald, Der Paradigmenwechsel der Militärpolitik, in: Mittelweg 36, Jg. 8, Heft 5/1999, S. 23 ff.

12 Martin van Creveld, Die Zukunft des Krieges, München 1998, S. 281.

13 Vgl. Wolfram Wette (Hrsg.), Militarismus in Deutschland 1871 bis 1945. Zeitgenössische Analysen und Kritik, Münster 1999; Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969.

Militärs seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts davon geprägt gewesen, dass das Militär die Fortschritte hin zum Liberalismus, zur Demokratie und zu einer freiheitlichen Staatsordnung abgelehnt, unterlaufen und bekämpft hatte.

Der „vierte Anfang“ in der modernen Geschichte für eine liberale Konstitution des Militärs, wie der erste Generalinspekteur der Bundeswehr, Adolf Heusinger, es zutreffend bezeichnet hatte, gelang endlich in der Bonner Republik - nach den drei gescheiterten Versuchen, den preußischen Reformen von oben nach 1806, den parlamentarischen Perspektiven der Paulskirche von 1848 und den reformerischen Regelungen gemäß der Weimarer Reichsverfassung von 1919. Das Aufbaukonzept der Bundeswehr - und auch die NVA in der für die DDR typischen Weise des Antifaschismus - orientierte sich daher bewusst an der deutschen Geschichte, um Lehren aus der jüngsten, durch außenpolitische Aggression und innenpolitischen Militarismus belasteten Vergangenheit, zu ziehen. Von zwei Seiten her kamen die Anstöße für den Neuanfang: Setzten die Alliierten auf lang andauernde Kontrollen, so bestimmten die Deutschen ihren Weg durch die demokratieverbindliche Reform des Militärs. Keine Armee sollte mehr „Staat im Staate“ sein oder die gesellschaftlichen beziehungsweise die politischen Verhältnisse einseitig dominieren können.

Die Aufrüstung in den 1950er-Jahren verlangte die grundlegende Entscheidung für die Kompatibilität der Strukturen des Militärs mit den politischen Institutionen. Das Verdienst für die politische Militärreform kommt dem, aus der Tradition der Bergbaugewerkschaft stammenden und in seiner Bedeutung viel zu wenig gewürdigten ersten Verteidigungsminister, Theodor Blank, zu, der auf die parlamentarische Kooperation vor allem von Richard Jäger (CSU) und Fritz Erler (SPD) vertrauen konnte.¹⁴ Die „Wehrgesetzgebung“ ist ihr Werk, das, zwischen 1954 und 1957 verabschiedet, auf Dauer ein verbindliches und wirksames Korsett war. Mit diesem „vierten Anfang“ der Militärreform wurden nahezu alle Verhältnisse im Militär auf rechtsstaatliche Grundlagen bezogen und die Beziehungen zu Staat/Politik sowie zur Gesellschaft nach grundrechtlicher Maßgabe geregelt. Die Kodifizierung der parlamentarischen Legislative war eine große Leistung, die allerdings zunächst den militärischen Geist („military mind“) und die Praxis der Bundeswehr kaum erreichte. Diese Kodifizierung ist wichtigste Grundlage der Militärreform, aber zugleich ein Teil dessen, was mit den Begriffen des „Staatsbürgers in Uniform“ oder der „Inneren Führung“ erfasst wird.

Der bedeutendste Verfechter der Militärreform ist zweifelsohne Wolf Graf von Baudissin. Er stellte sich in die historische liberale Tradition der Reformen von Gerhard von Scharnhorst und wollte an dieser, wie er erkannte, im Restaurationszeitalter „1819 stecken gebliebenen Reform“ anknüpfen.¹⁵ Er ist der Spiritus Rector der Militärreform, dem gleich der Wind des alten Militärs entgegen wehte. Daher gelang es ihm nur ansatzweise, diese Ideen vom „grundlegend Neuen“ der Demokratietauglichkeit des Militärs in den Gründungsdokumenten der Bundeswehr zu verankern. Denn die Traditionalisten bestimmten die Wirklichkeit beim Aufbau der Bundeswehr, weil es ihnen gelang, den Geist einer vermeintlich guten militärischen Vergangenheit von Reichswehr und Wehrmacht in die Planungen zu integrieren.¹⁶ „Vergangenheitsbelastete Empfehlungen“, wie das Militärgeschichtliche

14 Vgl. Detlef Bald, *Militär und Gesellschaft 1945-1990. Die Bundeswehr in der Bonner Republik*, Baden-Baden 1994, S. 31 ff., 51 ff.

15 Vgl. Detlef Bald, *Wolf Graf von Baudissin. Die Zivilisierung des Militärs*, in: Claudia Fröhlich/Michael Kohlstruck (Hrsg.), *Engagierte Demokraten. Vergangenheitspolitik in kritischer Absicht*, Münster 1999, S. 84 ff.; Hilmar Linnenkamp/Dieter S. Lutz (Hrsg.), *Innere Führung. Zum Gedenken an Wolf Graf von Baudissin*, Baden-Baden 1995.

16 Vgl. den Überblick für die Geschichte der Bundeswehr in: Detlef Bald/Johannes Klotz/Wolfram Wette, *Mythos Wehrmacht. Nachkriegsdebatten und Traditionspflege*, Berlin 2001.

Forschungsamt der Bundeswehr feststellte, richteten daher die Bundeswehr in den fünfziger und sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts aus. Doch dieses Urteil ist viel zu freundlich angesichts der Bedeutung der traditionalistischen Eigenwelt des Militärischen, die sogar von der Politik mit getragen wurde. Der zuständige Minister Franz Josef Strauß diffamierte die „Innere Führung“ ebenso als „Inneres Gewürge“ wie oberste Generale nach einem Jahrzehnt der Skandale und Affären im Jahr 1969 bekannten, „endlich die Maske der Inneren Führung“ abzulegen. Militär und Politik gingen ein restauratives Bündnis ein, das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“ oder der „Inneren Führung“ zu unterlaufen und die Sonderrolle des Militärischen im Staat einzufordern. Der Primat der parlamentarischen Politik mit dem Prinzip der politischen Transparenz wurde damals heftig bestritten und auch später wiederholt von Gruppen in der Bundeswehr attackiert. Diese Aspekte des traditionalistischen Vorbehalts sind Teil der Geschichte der Bundeswehr in der Bonner Republik.

Das Konzept von Baudissin aber suchte die „Kongruenz“ nicht nur zum Staat und seinen Institutionen, sondern vor allem zu den gesellschaftlichen Normen. Das heißt, bei der „Inneren Führung“ geht es um Akzeptanz und Verbindlichkeit der Werte der gesellschaftlichen Pluralität sowie gerade auch der individuellen Rechte des Grundgesetzes im Militär selbst. So selbstverständlich derartige Forderungen gemäß den Normen des Grundgesetzes erscheinen, sie wurden im Begriff der „Inneren Führung“ programmatisch für die Bundeswehr vom Gesetzgeber verbindlich gemacht, um evolutionär das Militär in die Demokratie zu integrieren. Die dagegen bestehenden Vorbehalte werden mit dem Begriff des Traditionalismus erfasst, weil sie die Reform verwässerten oder eine Stärkung des Militärischen (etwa eines sui-generis-Denkens) anstrebten. Häufig wird dies als „technokratische Handhabung der Inneren Führung“, zum Beispiel in der Zeit von 1978 bis 1990, umschrieben; auch die Geschichte danach legte Zeugnis davon ab, dass die Bundeswehrführung auf die Herausforderungen der 1990er-Jahre hinsichtlich der „Inneren Führung“ „bisher nicht reagiert“ hat.¹⁷ Die militärpolitischen Entscheidungen und die Praxis der Umsetzung der „Inneren Führung“ lassen also auch in der Gegenwart gravierende Mängel erkennen, die sich vor allem auf das (Aus-) Bildungssystem, die Rekrutierung, die Meinungsfreiheit und -vielfalt oder auf die politische Ausrichtung der Soldaten beziehen.¹⁸

Grundrechtliche Normen und die Reform des Militärs

Die allgemeine Erkenntnis, dass Staatsverfassung und Gesellschaftsverfassung in Wechselwirkung zu einander stehen und zugleich, historisch unstrittig, auch noch auf die Militärverfassung einwirken, hat verdeutlicht, was einseitige Entwicklungen im Militär für Politik und Gesellschaft bewirken können. Das Militär wurde zu dem Symbol des Beharrens, mit Macht freiheitliche Entfaltungen zu behindern. Im Wissen um diese Zusammenhänge der Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert wurde das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform“ oder der „Inneren Führung“ geboren, damit in Anlehnung an die liberalen Ideen nach 1800,

17 Eckardt Opitz, Geschichte der Inneren Führung. Vom „Inneren Gefüge“ zur Führungsphilosophie der Bundeswehr, in: Eckardt Opitz (Hrsg.), Von Himmerod (Eifel) nach Pristina (Kosovo). Geschichte, Probleme und Perspektiven einer Führungsphilosophie, Bremen 2001, S. 22 u. 25.

18 Zusammenfassend und mit Hinweisen auf neue Literatur: Jürgen Groß, Überlegungen zur institutionellen Verankerung der Inneren Führung in der Bundeswehr, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden, Jg. 19, 3/2001, S. 163 ff.; eine vergleichende Übersicht bei Detlef Bald/Uwe Hartmann/Claus von Rosen (Hrsg.), Klassiker der Pädagogik im deutschen Militär, Baden-Baden 1999.

wie sie Scharnhorst in einer reformierten Militärverfassung zu verwirklichen suchte, das Militär tauglich für demokratische Politik und verträglich für eine pluralistische Gesellschaft werde. Das Konzept der Militärreform nach 1950 orientierte sich an den Normen des Grundgesetzes. Es ist die Antwort auf den Militarismus, insofern ohne Alternative.

Die Wehrverfassung der 1950er-Jahre hat eine glaubwürdige und zeitbezogene Form der „Inneren Führung“ gefunden, als die Konstitution der Bundeswehr gemäß der damals relevanten Entwicklungen der Gesellschaft und gemäß dem damaligen Verständnis der grundrechtlichen Werte richtungsweisend fest geschrieben wurde: eine erste programmatische Deutung der „Inneren Führung“. Seitdem ist ein halbes Jahrhundert vergangen. Das Demokratieverständnis hat sich enorm erweitert; die Politik hat den verfassungsrechtlichen Auftrag, das entsprechende Schlüsselwort vom „Parlamentsheer“ mit Inhalt zu füllen; die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse sind erheblich anders mit demokratischen Werten bestimmt...: Also, allein wenn Demokratie als Prozess der immer neuen Verwirklichung zu begreifen ist, sind die grundrechtlichen Normen aus der Wahrnehmung des Jahres 2000 auf die konkreten Verhältnisse im Militär zu beziehen - und vice versa. Norm und Realität sind zu prüfen und veränderte, wenn nötig auch gesetzgeberische Konsequenzen zu ziehen.

Diese demokratiepolitische Herausforderung gewinnt an Brisanz, da der umfassende Wandel der sicherheitspolitischen Lage nach dem Ende des Kalten Krieges nicht nur zu einer „Neuen Strategischen Doktrin“ der NATO, sondern auch zu einem neuartigen Auftrag der Bundeswehr führte. Wäre dies allein schon Anlass genug, das militärische Milieu neu zu fassen, sowie Bildung, Rekrutierung, Organisation und Bewaffnung entsprechend zu verändern, verlangen die rüstungstechnologischen Voraussetzungen der Waffensysteme eine folgerichtig veränderte Militärstruktur und –profession. Die Orientierung des Militärs wird in jeder Hinsicht radikal umgeformt. Diese Trias von demokratie-, sicherheits- und militärpolitischem Wandel macht eine Reform der Bundeswehr an Haupt und Gliedern unabdingbar, der „Umbau“ der neunziger Jahre war nur die erste Stufe, halbherzig noch dazu.

In Politik und Militär ist das Bewusstsein zu schärfen, welche Bedeutung die anstehende zweite Reform der Bundeswehr tatsächlich hat. Dieser neue Typ des modernen Militärs im Gewande der Bundeswehr der Zukunft jedoch kann die grundrechtlichen Bindungen Deutschlands nicht negieren, welche der „alten“ Bundeswehr der Bonner Republik die Gestalt gegeben haben. „Zeitgemäß“, wie Baudissin am Anfang schon feststellte, ist die „Innere Führung“ umzusetzen. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen. Der Generalinspekteur der Bundeswehr griff diesen Gedanken auf: „Die Innere Führung wird sich einer zeitgemäßen Ausformung nicht verschließen; dies gehört zu ihrem Wesen. Dennoch ist sie der Stabilitätsanker unserer Streitkräfte. Dieses Markenzeichen bleibt erhalten.“¹⁹ Dies gilt über den Tag hinaus. Weniger kann und darf der entwickelte Status der Demokratie für Deutschland nicht fordern.

19 Harald Kujat, Die Bundeswehr auf ihrem Weg der Erneuerung von Grund auf, in: Der Mittler-Brief. Informationen zur Sicherheitspolitik, Jg. 16, 1/2001, S. 8.